




[▶ Startseite](#)
[▶ Artikel](#)
[▶ redaktion@goest.de](mailto:redaktion@goest.de)
[▶ Veranstaltungen](#)
[▶ Impressum](#)

Fortlaufende News

Presseerklärungen- und -mitteilungen die die Redaktion erreichten und die wir weitgehend übernehmen, evtl. mit (...) gekennzeichnet kürzen . Ggf. werden Pressemitteilungen auch direkt auf Themenseiten eingearbeitet.

Externe News-Listen zu Göttingen:

>> [Polizei-Pressemitteilungen](#)

>> [Stadtradio News](#) der Region

>> [Stadtverwaltung-News](#)

Hinweis 1: Überschriften in **Rot** werden von der der GOEST-Redaktion formuliert und liegen nicht in der Verantwortung der Autorinnen/Autoren der Pressemitteilungen.

Hinweis 2: Sätze wie "[xy] sagte" mit nachfolgenden angeblichen Äußerungen streichen wir - soweit es geht - oder belassen das Zitat ohne Sprecher*innen- Nennung , da dies den falschen Eindruck eines von uns gehörten und notierten Zitates erweckt.

Piraten-und-Partei im Stadtrat Göttingen 4.9.18

Ablehnung des geplanten Niedersächsischen Polizeigesetzes

[Redaktionshinweis Die Lücken in manchen Worten entstehen durch die Konvertierung von pdf-Dateien - wir weisen immer wieder darauf hin, Material NICHT als pdf zu schicken]

Die Piraten-und-Partei-Ratsgruppe fordert in einer Ratsresolution zusammen mit der GÖLinke, den Grünen und dem Ratsherrn Torsten Wucherpfennig eine öffentliche Stellungnahme der Stadt gegen das geplante Neue Polizei - und Ordnungsbehördengesetz (NPOG). Nach Ansicht der Ratsgruppe enthält der vorliegende Entwurf des NPOG zahlreiche neue Regelungen, die - sollte es angewendet werden - schwerwiegende Eingriffe in die Bürger - und Menschenrechte Niedersachsens legalisieren. Die Polizei erhält deutlich mehr Befugnisse, Verdächtige zu definieren, überwachen und festzuhalten. Damit wird u. a. eine bedenkliche Machtverschiebung innerhalb der Gewaltenteilung befördert. "Solte ein solches Gesetz in der vorliegenden Form kommen, entfernen wir uns von unseren freiheitlichen demokratischen Grundsätzen und machen einen großen Schritt zu, auf einen Überwachungsstaat. Typische Merkmale einer modernen Demokratie sind unter anderem Schutz der Grund - und Bürgerrechte sowie der Menschenrechte.

Die Ausweitung der Überwachung durch zahlreiche neue Befugnisse würde massiv in all dies eingreifen. Wir lehnen den Gesetzesentwurf deswegen ab" (...) Für die Ratsgruppe ist zudem fragwürdig, ob das NPOG überhaupt Lösungen im Kampf gegen Terror anbietet. Es sei eher zu befürchten, dass dann unbescholtene Bürger oder politische Aktivist*innen ins Visier der Polizeibehörde geraten könnten. "Der Gesetzesentwurf scheint auch eine politische Antwort zu sein, auf populistische Forderungen nach mehr Sicherheit mit denen teils irrationale Ängste in der Bevölkerung geschürt werden. Wir halten diesen vorauseilenden Gehorsam für die falsche Antwort. Angriffe auf unsere freiheitlichen Grundwerte, egal von welcher Seite, dürfen nicht dazu führen, dass wir diese abbauen oder einschränken."(...)

Kreistags-Fraktionengruppe Linke/Piraten/Partei 4.9.18

Fusion von 4 Sparkassen im Landkreis überdenken

Derzeit wird über die Fusion der Sparkassen Osterode, Duderstadt, Hann. Münden und Bad Sachsa zwischen dem Landkreis Göttingen und den beteiligten Städten verhandelt. Zu diesem Thema hat die Gruppe Linke-Piraten-Partei+ einen Fragenkatalog an den Landrat für die Kreistagssitzung am 05. September 2018 vorbereitet. „Auch die Alternativen zur Fusion müssen geprüft werden. Eine Alternative könnte sein, dass die Sparkassen nicht fusionieren und bei bestimmten Aufgaben zusammenarbeiten. Eine weitere Alternative ist es, dass nur die drei Sparkassen Osterode, Duderstadt und Bad Sachsa fusionieren und Hann. Münden aufgrund der räumlichen Entfernung eigenständig bleibt“, (...) „Fusionen führen in der Regel zu Personalabbau und einer Verschlechterung der Dienstleistungen. Wir wollen wissen, ob ein Personalabbau geplant ist. Aus unserer Sicht ist es nicht die Aufgabe von Sparkassen, möglichst viel Geld zu verdienen, sondern sie sollen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im ländlichen Raum, sicherstellen“, (...) „Für uns ist es auch wichtig, den Zeitdruck aus den Verhandlungen zu nehmen. Nur wenn die Beschäftigten mitgenommen werden, kann es erfolgreiche Sparkassen in der Region geben“

AK Asyl 27.8.18

Harte Vorwürfe gegen die Göttinger Ausländerbehörde

Drohungen, Rechtsbeugung, Halbwahrheiten – so versucht die Ausländerbehörde Göttingen nun verstärkt Geflüchtete aus Pakistan abzuschieben. Menschen aus Pakistan werden gezwungen, ihre Arbeit zu kündigen, dürfen keine Ausbildung aufnehmen, werden auf der Behörde unter Druck gesetzt, bekommen nur Duldungen für 3 Tage und Geldkürzungen. Ein junger Mann wurde wieder in die Siekhöhe geschickt. Die Ausländerbehörde hatte ihm zuvor das Geld gekürzt, keine Miete mehr bezahlt und schickte ihn dann zur Strafe wieder in die Siekhöhe. Offensichtlich fühlt sich die Ausländerbehörde Göttingen durch den politischen Wind Seehofers besonders ermutigt, alles, aber auch wirklich alles dafür zu tun, dass Menschen abgeschoben werden können. Im Falle der Abschiebung von Willard G. haben sie ausspioniert, wo er sich tagsüber aufhält, und dem Gericht einen Antrag auf Haftbefehl vorgelegt, in dem sie einfach verschwiegen haben, dass sie genau wussten, wo sich Willard G. aufhält. Sie haben einfach behauptet, es drohe Fluchtgefahr, wohl wissend, dass er täglich eine Arbeitsmaßnahme besucht und im SG Hainberg Fußballunterricht für Kinder und Jugendliche gibt. Dem Gericht Tatsachen zu verschweigen, um den eigenen Willen durchzusetzen grenzt an Rechtsbeugung. Nun hat sich die Ausländerbehörde die Gruppe der Geflüchteten aus Pakistan vorgenommen. Pakistan ist eines der Länder, in das bisher kaum abgeschoben werden konnte, weil die pakistanischen Behörden keine Papiere ausgestellt haben und so gar kein Interesse daran hatten, Geflüchtete wieder aufzunehmen. Bekannt ist, dass Abgeschobene in Pakistan sofort festgenommen und nur gegen hohe